

Beschluss der Delegiertenversammlung am 23.03.2012

Wir fordern

**DIE LINKE.Parteivorstand und
DIE LINKE.Bundesausschuss**

auf, die innerparteiliche Demokratie zu wahren und außerparlamentarische Akzeptanz nicht aufs Spiel zu setzen.

Begründung:

In einigen Landesverbänden gibt es Bestrebungen, die Arbeitsgemeinschaften in ihrer demokratischen Mitwirkung und Teilhabe einzuschränken.

Das, was viele kompetente Mitglieder und Aktivisten der Partei wollen – mit dem § 7 (6)* der Satzung, wonach bundesweite Zusammenschlüsse Delegierte zum Parteitag entsenden können - wollen wir in der jetzigen Fassung beibehalten.

Wir fordern den Parteivorstand und Bundesausschuss auf, sich für den Erhalt des §7 der Satzung einzusetzen.

Wir schließen uns der Begründung verschiedener Bundesarbeitsgemeinschaften an und wir möchten unsere Position folgendermaßen darstellen:

Gemäß der Bundessatzung und dem auf deren Grundlage vom Parteivorstand beschlossenen Delegiertenschlüssel, sah der 2. Parteitag der Partei DIE LINKE insgesamt **570 zu wählende Delegierte** mit beschließender Stimme vor, davon 500 aus den Landesverbänden, 20 aus dem Jugendverband und 50 aus den Zusammenschlüssen.

In Prozentpunkten ausgedrückt, sind folglich **8,8 % aller Delegierten von Zusammenschlüssen**, 3,5 % vom Jugendverband und die restlichen 87,7 % von den Landesverbänden gewählt worden.

Es kann somit festgehalten werden, dass der überwiegende Anteil der Delegierten über die hierarchische Achse Bezirksverbände/Kreisverbände/Landesverbände gewählt ist. In Hinblick auf diese Zahlen, ist die Behauptung der antragsstellenden Gliederungen aus dem Kreisverband Vogtland-Plauen, dass nicht einmal 9 % aller stimmberechtigten Delegierten den Querschnitt der Gesamtpartei sprengen, entschieden zurückzuweisen, da mathematisch unseriös und schlichtweg falsch.

Abgesehen von den statistischen Überlegungen – und das erscheint uns auch als das gewichtigere Argument - ist der Beitrag, den die Zusammenschlüsse zur Politik der Partei und zur Weiterentwicklung von Mitglieder-, Organisations- und Kommunikationsstrukturen der Partei leisten, ein Sachverhalt, der DIE LINKE inner- und außerparteilich positiv prägt und zum notwendigen basisdemokratischen Pluralismus und zur unerlässlichen außerparlamentarischen Bewegungsorientierung beiträgt. Das betrifft in diesem Zusammenhang besonders die Bündnisarbeit mit Gruppen, Institutionen, Initiativen und Einzelpersonen außerhalb der Partei und die Einbindung von Parteimitgliedern, die thematische und/oder theoretische Schwerpunkte in ihrer politischem Engagement setzen wollen und dies in den klassischen Gliederungen oftmals nicht oder nur unzureichend tun können. Eine Entscheidung kontra Zusammenschluss-Delegierte würde gerade diese Menschen vor den Kopf stoßen, es außerdem erschweren, engagierte und interessierte Frauen für die Parteiarbeit zu gewinnen, die eher über die themenbezogenen Zusammenschlüsse gewonnen und integriert werden können, und wäre ein radikaler Bruch mit unseren bisherigen basisdemokratischen Grundsätzen.

Es ist hierbei auch zu beachten, dass Zusammenschlüsse, sowohl inner- als auch außerparteilich Themen einbringen, Diskussionen anstoßen, für eine Sensibilisierung von Sachverhalten und Problemen sorgen und inhaltliche Vorarbeit leisten, die in den klassischen Gliederungen vorher nicht oder kaum behandelt wurden bzw. werden. In Bezug auf die Parteitage hat das die Bedeutung, dass viele Ansätze in Positionen auf Länder-, Bundes- und europäischer Ebene, sowie in vergangenen und hoffentlich auch in zukünftigen Programmen, gerade durch Interessen- und Arbeitsgemeinschaften, wie auch Strömungen, mit erarbeitet worden sind.

Diese Sachkompetenzen zu spezifischen Themenfelder zu nutzen und auch zu schätzen, sollte für die Zukunft gesichert bleiben.“